Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: P. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 338 | Montag, den 7. Dezember 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

Die Interviews Hitlers. Daß der Führer der Opposition eines Landes einen Kreis ausländischer Journalisten um sich versammelt und ihnen einen Vortrag über seine Ziele hält und Rede und Antwort steht, alles zu dem Zweck, daß seine Aeußerungen als etwas Besonderes, von der Meinung der eigenen Regierung Abweichendes in die ausländische Presse geraten, ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Die Situation des Kabinetts Brüning ist ohne Frage sehr schwierig, aber noch hat es die Mehrheit im Reichstag hinter sich, während es für Hitler dort keine Mehrheit gibt. Schwierig ist die Situation des Kabinetts also nicht aus diesem Grunde, sondern der ungeheuren Probleme wegen, die der Lösung harren. Und das sind Probleme, die allerdings an Unpopularität kaum übertroffen werden können. Denn wer kann sich auch nur für eine der harten Maßnahmen begeistern, die da bereits angekündigt worden sind! Sie sind nur zu verstehen als letztes, allerletztes Mittel, um über die — hoffentlich kurze — Zeit hinwegzukommen, die die internationalen, heute in Basel beginnenden Beratungen und die ihnen folgenden Verhandlungen der Regierungen in Anspruch nehmen werden. Nur weil es um diese für Deutschlands Zukunft wichtigste aller Entscheidungen geht, bei der das deutsche Volk zur Not auch zu einem Nein bereit sein muß, nur darum kann überhaupt eine Regierung es wagen, an den Erlaß solch drakonischer Gesetze zu denken und durch sie unser Privatleben noch unerfreulicher zu gestalten, als es so schon ist. Jeder muß doch spüren, daß es jetzt wirklich ums Letzte geht. Und wie die Dinge liegen, würde auch Hitler, wenn er Brünings schwere Bürde auf sich nähme, die schwerste, die je ein Reichskanzler getragen hat, nicht daran vorbeikommen, dem Volke unerhörte Opfer aufzuerlegen. Wenn die Pläne für die Regierungsübernahme durch die NSDAP, die nach Hitlers Aeußerung am Samstag fertiggestellt worden sind, praktischen Wert haben sollen, dann werden sie gewiß auch in finanzieller Hinsicht Maßnahmen vorsehen, die bestimmt sind, in Reich, Ländern und Gemeinden den Etat in Ordnung zu bringen. Wer da aber glaubt, eine andere Regierung als die jetzige könne diese unbedingt notwendige Ordnung herbeiführen ohne Maßnahmen, die dem Staatsbürger als schwere Last erscheinen, der dürfte denn doch mit verwunderten Augen das Licht des neuen Tages schauen, sofern er einmal anbrechen sollte. Im übrigen ist es bemerkenswert, daß die Reichsleitung der NSDAP das Interview im „Sunday Graphic", einem englischen Sonntagsblatt, als in wesentlichen Teilen unzutreffend bezeichnet. Denn gerade dieses Interview enthält Aeußerungen, die, wie die eben berührte, besonderes Aufsehen erregen müssen. Wünschenswert wäre immerhin zu erfahren, zu welchen von diesen Aeußerungen sich Hitler bekennt und welche er getan zu haben bestreitet.

★

Allgemeiner Vollstreckungsschutz für Grundstücke! Eine amtliche Mitteilung der württembergischen Regierung kündigt an, daß sie bei der Reichsregierung beantragt hat, einen Vollstreckungsschutz, wie er im Osthilfegesetz der Landwirtschaft des Ostens gegeben wird, in ähnlichem Ausmaße auch der süddeutschen Landwirtschaft zu gewähren. Es sei, erklärt die württembergische Regierung weiter, nach den eingegangenen Nachrichten zu hoffen, daß die Reichsregierung in der kommenden Notverordnung diesem dringenden Verlangen der württembergischen Regierung entsprechen werde. In Westdeutschland ist man hierzu zu sagen berechtigt, daß, was der süddeutschen Landwirtschaft billig ist, der westdeutschen Landwirtschaft auch nicht vorenthalten werden kann. Denn im Süden ist die Landwirtschaft schwerlich notleidender als in anderen Teilen des Reiches. Und SOS-Rufe sind auch aus der westdeutschen Landwirtschaft schon in hinreichender Anzahl nach Berlin gerichtet worden. Aber bedarf denn nur die Landwirtschaft dieses Schutzes für die Erhaltung ihres Grundeigentums? Ist denn in den Städten alles in Ordnung? Oder sind nicht auch dort Zwangsversteigerungen von Grundstücken gang und gäbe, die erwirkt werden, weil die Grund- und Hauszinssteuern und die Hypothekenzinsen nicht mehr haben gezahlt werden können? Wird nicht auch in den Städten Grundstück auf Grundstück, ein Haus nach dem anderen, in Zwangsversteigerungen zu Preisen zugeschlagen, bei denen gerade die erste, meist Aufwertungshypothek ausgeboten wird? Fallen nicht auch hier die im Range nachgeordneten Hypotheken fast regelmäßig aus, weil die Gläubiger nicht die Mittel flüssig machen können, um die Kosten aufzubringen, die im Falle der Ansteigerung zu tragen sind? Und findet nicht auch in diesen schon kaum mehr zählbaren Fällen eine direkt katastrophale Umwälzung in den Eigentumsrechten, ja geradezu eine Enteignung von Grund- und Kapitalvermögen statt, die zwar nach den Normen des geltenden Rechts sich vollzieht, die aber doch eine so ungeheure Härte in dieser an schaurigen Härten überreichen Zeit ist, daß man vom Standpunkte christlicher Moral berechtigt ist, hier ein Einhalten zu fordern? Nicht nur in landwirtschaftlichen, sondern auch besonders in mittelständlerischen Kreisen macht sich immer mehr eine an Verzweiflung grenzende Stimmung laut, weil mit Fleiß und Sparsamkeit erworbenes Grundvermögen und in Grundstücken investiertes Kapitalvermögen aus den Händen gleitet, ohne daß bester Wille und alle nur möglichen Anstrengungen es zu halten vermögen. Wenn daher durch die Initiative der württembergischen Regierung der allgemeine Vollstreckungsschutz für ländwirtschaftliche Grundstücke erreicht werden sollte, dann wird man berechtigt sein zu fordern, daß der gleiche Schutz auch dem städtischen Grundbesitz zuteil wird. Wie es im Grunde genommen doch ein unerträglicher Zustand ist, daß jetzt die Landwirtschaft im Osten, der wenn auch besonders bedrohte Produktionszweig eines deutschen Teilgebietes, vor Zwangsvollstreckungen bewahrt ist, so geht es doch noch weniger an, daß allgemein für Stadt und Land zweierlei Recht geschaffen wird. Darum muß man es begrüßen, daß die bayrische Staatsregierung am Samstag beschlossen hat, auf Grund eines ausgearbeiteten Entwurfes an die Reichsregierung das Ersuchen zu stellen, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selber oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen Vollstreckungsschutz für Grundstücke sowohl des ländlichen wie des städtischen Grundbesitzes verfügen zu wollen. Die jetzige Zeit ist in mancherlei Hinsicht schlimmer als die Inflationszeit. Die Zustände, wie wir sie jetzt haben, können aber unmöglich von Dauer sein, weil darunter nicht nur Deutschland zusammenbrechen, sondern auch die ganze Welt mit in das deutsche Chaos hineingerissen würde. Und darum muß in dieser vorübergehenden Zeit dem Verschleudern von Vermögenswerten, wie es jetzt an der Tagesordnung ist, unbedingt Einhalt geboten werden. Deshalb ist eine entsprechende Notverordnungsmaßnahme berechtigt und dringend geboten.

Nach Fertigstellung der Notverordnung
Rede Brünings über seine Arbeiten und Absichten.

Ein zweites Interview Hitlers. — Die Pläne der NSDAP. zur Uebernahme der Regierung fertiggestellt. Eine offiziöse Antwort auf die Erklärungen Hitlers.

Hitler will nicht Reichspräsident werden.

◆ **London**, 6. Dezember.

Unter der Ueberschrift „Schicksalsreiche Woche für Deutschland" und „Berlin in Fieberhitze" veröffentlicht der „Sunday Graphic" ein, wie er sagt, neues und ausschließliches Interview mit Hitler. Einleitend bemerkt die Zeitung, daß das deutsche Kabinett hinter verschlossenen Türen tage und daß man fortwährend von der Möglichkeit des Rücktritts der Regierung Brüning spräche. (?!) Hitler sei bereit und erwarte stündlich, daß er zur Macht gerufen werde. Man glaube, daß das Kabinett Brüning erledigt sei, wenn es keine Anleihen erhalte. Hitler habe gesagt, daß Brüning keine andere Alternative anbieten könne. Die Regierungskrise, so äußerte sich Hitler in dem Interview, sei früher gekommen als man erwartet habe. Die Pläne der Nationalsozialistischen Partei zur Uebernahme der Regierung seien am Sonnabend früh fertiggestellt worden.

Hitler erklärte dann, daß alles Gerede über seine etwaige Kandidatur zum Reichspräsidenten Unsinn sei. Er hege keine derartigen Pläne. Wenn ein neuer Präsident gewählt werden solle, so werde dies ein Mann sein, an den er jetzt schon denke. Im weiteren Verlauf des Interviews sagte dann Hitler, daß Deutschland in die gegenwärtige Krise infolge der Verschwendungssucht seiner früheren Regierungen geraten sei. Deutschlands Finanzpolitik sei vollkommen abhängig von der Haltung Frankreichs gewesen, das Deutschland zur Aufstellung einer Finanzdiktatur gezwungen habe.

Uebergehend auf andere Fragen verlangte Hitler, daß man die Abrüstung entschlossen in Angriff nehmen müsse. Er stimme vollständig mit Senator Borah dahin überein, daß Frankreich der Feind der Abrüstung wäre. Obwohl es von keiner anderen Nation bedroht sei, so wolle es seine riesenhafte Ueberlegenheit in Waffen und Gold noch erhöhen, bloß um die Reparationszahlungen zu erzwingen und den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen. Diese Politik sei eine Gefahr für die ganze Welt, so sagte Hitler; aber er hoffe, wenn auch nicht mit großer Zuversicht, daß Frankreich bald erkenne, wohin es Deutschland treibe, und er hoffe noch, daß die Nationalsozialistische Partei nach Uebernahme der Macht ihre Haltung ändern könne, falls eine verständigere Auffassung in Paris dies zulasse.

Hitler betonte weiterhin die Notwendigkeit einer internationalen Einheitsfront gegen Moskau und bezeichnete einen engen Zusammenschluß zwischen Deutschland, England und Italien als den aufrichtigen Wunsch der deutschen Patrioten. Er schloß sein Interview mit einem Hinweis auf das Wachstum der Nationalsozialistischen Bewegung, das selbst die Führer der Partei überrascht habe, so daß er unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung das Steuer auch dann übernehmen müßte, wenn er selbst es vielleicht nicht wünschte. Die kommende Woche werde für die Geschichte Europas in den nächsten zehn Jahren bedeutungsvoll sein.

★

Hitler spricht — Brüning arbeitet.

() **Berlin**, 6. Dezember.

Das dem WTB. angegliederte Conti-Nachrichtenbureau verbreitet zu den Interviews Hitlers unter obiger Ueberschrift folgende Bemerkungen offiziösen Ursprungs:

In einem Londoner Sonntagsblatt wird in sensationeller Aufmachung die außenpolitische Agitation Hitlers und die Arbeit des Kabinetts Brüning in eine Art von Gegensatz gebracht. Es wird darin aus der Tatsache, daß das Kabinett „hinter verschlossenen Türen" tage, der unsinnige Schluß gezogen, daß es sich mit Erwägungen über seinen Rücktritt befasse und den Sensationsgerüchten wird dadurch eine gewisse Glaubhaftigkeit zu verleihen gesucht, daß man eine zweite Unterredung, die Hitler mit amerikanischen Pressevertretern gehabt hat, in diese Ausführungen gleichsam hineinarbeitet. Es hat sich dabei um eine Frage gehandelt, die an Hitler mit Bezug auf das Verhalten seiner Partei im Falle einer künftigen Reichspräsidentenwahl gerichtet würde und wobei er in der Hauptsache belächelt und Schweigen beobachtet, im übrigen beliebig ausdeutbare Anspielungen gemacht hat. In der Tat arbeitet das Reichskabinet in angestrengtester Weise und sozusagen in Permanenz — freilich mit einer ganz anderen Zielsetzung und anderen Beratungsgegenständen, als sie von solchen Sensationsmachern unterstellt werden. Denn es handelt sich darum, den Bestand der deutschen Wirtschaft zu sichern, die Vorbedingungen für die Baseler Verhandlungen und die wichtigen außenpolitischen Erörterungen zu schaffen, die demnächst bevorstehen. Der Reichskanzler selbst wird nach Fertigstellung der Notverordnung, die in diesem Zusammenhang abgeschlossen werden muß, voraussichtlich schon morgen, nicht verfehlen, dem In- und Auslande Aufklärung über seine Arbeiten und Absichten zu geben. Der falsche Eindruck, der durch die agitatorische Betätigung gegenüber dem Auslande von nationalsozialistischer Seite in den letzten Tagen erweckt wurde, als ob Hitler tätig sei und das Kabinett schweige, wird sehr bald in nichts zerfallen. Denn beides verhält sich zueinander wie der Unterschied zwischen verantwortungsvoller Arbeit zum Besten des Volkes und seiner wirtschaftlichen Existenz und zwischen mehr oder weniger oberflächlichen Redensarten unverantwortlicher Opposition.

Die Beratungen des Kabinetts sollen morgen vormittag zum Abschluß gebracht werden. Daraufhin wird der Reichskanzler vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen werden, wofür bis zur Stunde noch kein Termin anberaumt worden ist. Es bleibt dabei, daß die Notverordnung nach der Unterzeichnung am Dienstag oder Mittwoch veröffentlicht werden wird.

★

Eine Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung.

○ **München**, 6. Dezember.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Das in der englischen Zeitung „Sunday Graphic" veröffentlichte Interview ihres Berliner Berichterstatters mit dem Führer der NSDAP., Adolf Hitler ist in wesentlichen Teilen unzu-

Gemeinderatswahlen in Württemberg.

() **Stuttgart**, 6. Dezember.

In Württemberg sind heute die Gemeinderäte neu gewählt worden. Das Endergebnis in der Landeshauptstadt Stuttgart ist folgendes:

Partei:	Stimmen:	Reichstagswahl 1930:	Mandate:
Komm. Opposition	4 037	—	—
Chr. Volksdienst	9 075	12 351	1
Sozialdemokraten	46 810	60 198	7
Zentrum	18 186	19 615	3
DNVP	19 525	18 394	3
Frauenliste	4 760	—	—
Bürgerliche Einheitsliste (Dem., DVP, Volksrechtsp. Nat. Volksgemeinschaft)	23 104	51 897	3
Nationalsozialisten	44 599	22 587	7
Kommunisten	37 803	38 414	6

Die Wahlbeteiligung in Stuttgart wird auf 80 Prozent geschätzt. In Ulm betrug die Wahlbeteiligung 78 bis 80 Prozent. Nach vorläufiger Zählung ist mit einem starken Anwachsen der Nationalsozialisten allen anderen Parteien gegenüber den letzten Reichstagswahlen zu rechnen. In Reutlingen betrug die Wahlbeteiligung 78,6 in Göppingen 76,2 Prozent.

Der Preiskommissar.

— **Berlin**, 5. Dezember.

In politischen Kreisen nennt man für den Posten des Preiskommissars, der durch die neue Notverordnung der Reichsregierung geschaffen werden soll, den Oberbürgermeister von Leipzig Dr. Goerdeler. Goerdeler ist im vorigen Jahre zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt worden, nachdem er zehn Jahren den Posten eines zweiten Bürgermeisters in Königsberg innehatte. Er ist übrigens Deutschnationaler, aber niemand in Leipzig versagt ihm die Anerkennung, daß er durchgreift, wo er es für richtig hält.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat Dr. Goerdeler bestätigt, daß in den letzten Tagen Verhandlungen mit ihm gepflogen worden sind. Diese Verhandlungen sind allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden von der zu erwartenden Notverordnung beeinflußt. Als die Stelle des Preiskommissars Dr. Goerdeler angeboten wurde, hat er sogleich betont, daß er die Annahme des Postens davon abhängig machen müsse, wie seine Befugnisse durch die Notverordnung im einzelnen geregelt würden. Sollte die Abgrenzung des Arbeitsgebiets, das für den neuen Reichspreiskommissar vorgesehen wird, sich in der Linie der Berliner Besprechungen halten, so würde Dr. Goerdeler annehmen.

Bisher 2,5 Milliarden Mark Einsparungen durch Notverordnungen.

() **Berlin**, 5. Dezember.

Der „Berliner Börsen-Courier" veröffentlicht eine Uebersicht, aus der sich ergibt, daß die erlassenen fünf großen Notverordnungen insgesamt in Reich, Ländern und Gemeinden Ersparnisse gebracht haben, die auf einen Jahreswert von 2,5 Milliarden Rm. zu schätzen sind.

Vor dem Zusammentritt des Baseler Sonderausschusses.

— **Basel**, 6. Dezember.

Die Führer der sieben Delegationen des Beratenden Sonderausschusses, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nachzuprüfen hat, sind gestern in Basel eingetroffen. Der Sonderausschuß hat bekanntlich das Recht, sich durch Zuwahl um weitere vier Mitglieder zu vergrößern. Wie die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, werden in Kreisen der im Sonderausschuß vertretenen Zentralbanken folgende Namen genannt: Dr. E. Bindschedler, Vizepräsident der Schweizerischen Kreditanstalt, der holländische Wirtschaftsführer Colijn, Bankier Rydbeck, der in enger Verbindung mit Kreuger und Toll steht, sowie ein jugoslawischer Finanzmann. Diese Vorschläge sind jedoch nicht unbestritten, und es hat darüber im Laufe des ganzen Tages ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden.

Die erste offizielle Sitzung wird am Montag vormittag 10,30 Uhr stattfinden. Ueber die Frage, wer den Vorsitz führen soll, wird zur Stunde noch verhandelt.

treffend wiedergegeben. Der Berichterstatter des englischen Blattes hat offenbar seiner Fantasie breitesten Spielraum gelassen.

*

Hugenberg verkündet Italien seine Meinung.

— Berlin, 6. Dezember.

Dr. Hugenberg gewährte dem Berliner Vertreter des „Resto del Carlino", Bologna, eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Alle unparteiischen Beobachter sind sich darin einig, daß Deutschland nach einem dreizehnjährigen Prozeß der Aussaugung völlig leistungsunfähig ist. Wir schulden dem Auslande ungefähr 30 Milliarden in Gold. Auf der anderen Seite verlangen die Franzosen eine Fortsetzung der Tributleistungen. Eines schließt aber das andere aus. Frankreich fordert den Vorrang der politischen vor den kommerziellen Schulden. Das Tributsystem und der französische Militarismus sind untrennbar verbunden. Deutschland aber, weil es seinen kommerziellen Verpflichtungen nachkommen will, soweit es in seinen Kräften steht, muß weitere Tributzahlungen ablehnen. Es muß mit größter Entschiedenheit ausgesprochen werden: Tribute oder Schulden! Jeder Versuch, Deutschland zu weiteren Tributzahlungen zu zwingen, wird die Hoffnung der deutschen Gläubiger vernichten müssen. Aber wenn wir von Tributen befreit werden, ist das Schuldenproblem noch schwer genug. Unsere Schulden sind in großem Umfange unproduktive Schulden. Trotz alledem wollen wir uns über die Rückzahlung dieses Riesenkapitals in einem anständigen Vergleich mit unseren Gläubigern einigen. Die Gläubiger müßten die deutsche Ware annehmen. Auch in der Abrüstungsfrage begrüßen wir die Erklärung Mussolinis, daß er die Ungleichheit der Rüstungen in Europa als die schwerste Gefahr für den Frieden ansieht. (Diese Aeußerungen Hugenbergs entsprechen durchaus dem, was Brüning und ganz Deutschland fordert. Es sind Forderungen, die keineswegs allein dem Kopfe des deutschnationalen Parteiführers entsprungen sind. Die Redaktion.)

Groener über die Verantwortung des Staatsbürgers.

Die Regierung wirft die Flinte nicht ins Korn.

◆ Berlin, 6. Dezember.

Reichsinnenminister Dr. Groener sprach heute im Rundfunk über die Verantwortung des Staatsbürgers. Der Minister führte u. a. aus:

Der geistige Inhalt des Staatsbürgertums muß von den Einzelnen ausströmen als lebendige Kraft, bis zur obersten Spitze der Regierung, und muß von dieser wieder zurückströmen bis zu jedem einzelnen. Diese Funktion ist in der heutigen Zeit gestört. Ihren normalen Lauf wieder herzustellen, ist eine der wichtigsten Aufgaben für eine gesunde Entwicklung des Volksganzen. Die Störungen sind verständlich, wenn man bedenkt, welche ungeheuren Spannungen das feine Zirkulationssystem im Kriege und der Nachkriegszeit ausgesetzt war bis auf den heutigen Tag. Wenn wir dieser krankhaften Erscheinung nicht Einhalt tun, so ist das Staatsbürgertum in höchster Gefahr, vollends sich in Parteibürgertum umzuwandeln.

Wie ist dem zu begegnen? Durch die Stärkung der Verantwortlichkeit aller politischen Führer und dadurch, daß die Regierung sich nicht vom Volkskörper isoliert. Pflicht der Regierung ist es, zu handeln. Sie wird handeln, wie Sie bald sehen werden, um fest und unbeirrt das notwendige Rettungswerk fortzuführen. Ihr Verantwortungsbewußtsein gibt ihr die Kraft, auf ihrem Posten zu bleiben. Sie wird die Flinte nicht ins Korn werfen, vielmehr bis zum Letzten ausharren und alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen.

Die verantwortliche Regierung kann aber nicht durchgreifend helfen ohne die Unterstützung der deutschen Staatsbürger. Neue Notverordnungen werden dieser Tage erscheinen, die den Fortgang des Staats- und Wirtschaftslebens sicherstellen. Die neuen Maßnahmen scheuen nicht die öffentliche Kritik.

Die Regierung hat aber auch ein Recht darauf, daß ihre verantwortungsbewußten Maßnahmen von den Staatsbürgern mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein aufgenommen werden. Verantwortungsbewußtsein ist die letzte Losung für Regierung und Staatsbürger.

Unzählige Vorbilder des echten Staatsbürgertums sind im Volke vertreten, vor allem aber der Mann, der an der Spitze des deutschen Volkes steht: Reichspräsident von Hindenburg. Einen zweiten hier zu nennen, ist mir aufrichtiges Bedürfnis: Das ist der Reichskanzler Dr. Brüning, über dessen Persönlichkeit in einzelnen Kreisen des Volkes ganz falsche und sogar böswillige Meinungen umherlaufen, verbreitet von Leuten, die ihn überhaupt nicht kennen. Das ist eine schlimme Entartung des Staatsbürgertums. Es steht jeder Führer in der politischen Dreklinie, und wer den Weg der Politik kennt, macht sich nichts daraus. Es handelt sich dabei auch garnicht um die einzelne Persönlichkeit, sondern um das gesamte Vaterland, das schwer leiden muß, wenn die Verrohung der politischen Sitten zur Verunglimpfung derjenigen führt, die aus heißer Vaterlandsliebe bemüht sind, den hohen sittlichen Wert des Staatsbürgertums zu erhalten. Staatsbürgerliche Gesinnung ist das Lebensprinzip des Staates. Ich schließe mit dem Wunsche, daß dieses Prinzip wieder zum Allgemeingut des deutschen Volkes werden möge. In diesem Zeichen allein wird Deutschland die Not der Gegenwart überwinden.

Dingeldeys Oppositionskurs gebilligt.

330 von 344 Stimmen des volksparteilichen Zentralvorstandes für die Politik des Parteiführers.

Entschlossene Opposition gegen das Kabinett Brüning.

÷ Hannover, 6. Dezember.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat gestern nachmittag zur Vorbereitung der heutigen Tagung des Zentralvorstandes zu einer Sitzung zusammen. Den einleitenden Bericht über den Kurs der Partei und die politische Lage erstattete der Parteiführer Dingeldey. Seine Ausführungen, die sich auch mit den aktuellen Tagesfragen beschäftigten, fanden stürmischen Beifall. Wie die Pressestelle der DVP. mitteilt, ergab die dann folgende Aussprache, daß die Deutsche Volkspartei den festen Willen besitzt, ihre politische Arbeit in Geschlossenheit fortzusetzen und eine selbständige Opposition gegen die jetzigen Regierungen im Reich und in Preußen zu führen. Diese Grundgedanken wurden von den Vertretern aller Landesteile einmütig hervorgehoben.

In der heutigen Sitzung des Zentralvorstandes fehlten von den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei nur wenige, so die Abgeordneten Kahl und Scholz, die durch Krankheit verhindert waren.

Dingeldey eröffnete die Tagung mit einem mehr als zweistündigen Vortrage. Er führte u. a. aus: Ein Führer wie Hitler besitze seine Zugkraft in dem fast mystischen Glauben der Massen. Das sei es, was ihm den Anhang sichere, nicht die Klarheit eines Programms. Dem Kanzler fehle trotz aller Teilerfolge die Planmäßigkeit und innere Kraft der Maßnahmen. Das System der Notverordnungen treibe Millionen in die Arme des Radikalismus. Es verstärke sich die Forderung, große Massen aus der Opposition in die Verantwortung zu führen. Wir sind nicht kurzsichtig gegenüber den Risiken. Schließlich sind auch die Millionen der radikalisierten Massen Menschen, um die der Staat und um die wir ringen müssen. Nichts mußte widerlicher wirken als die Ente, meine Haltung sei von dem Wunsche bestimmt gewesen, Minister zu werden. Solche Anträge sind an mich wiederholt gestellt worden; aber ich habe geantwortet, daß ich eine zu hohe Auffassung von meinem Führeramte in der Partei habe, um auf diese Vorschläge einzugehen. Es war nicht unser Wunsch, in die Opposition zu Brüning zu treten. Wir wären lieber an seiner Seite geblieben, wenn dafür die Voraussetzungen vorhanden gewesen wären. Daß die Entscheidung vom 16. Oktober in der Partei heiß umstritten gewesen sei, sei beklagenswert. Jetzt komme es darauf an, Einheit und Geschlossenheit für das künftige Ringen in der Politik herzustellen. Die Deutsche Volkspartei dürfe nicht in Abhängigkeit von anderen Bewegungen kommen. Die Auseinandersetzung Hugenbergs mit den Nationalsozialisten zeige deutlich genug, wohin es führe, wenn man sich an eine andere Bewegung anhängen wolle. Nüchternheit und Besonnenheit bewahre sich eine Partei nur dann, wenn sie jede Verflechtung solcher Art ablehne. Auch künftige Koalitionen und Konstellationen würden nur fruchtbar sein, wenn sie von selbständigen Faktoren gebildet würden.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde mit 330 gegen 14 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei gebilligt werden. Dem Parteiführer wird volles Vertrauen ausgesprochen. Der Zentralvorstand, so heißt es in der Entschließung weiter, ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrängten Lage nur in der Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgen könne. Er halte die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis steht die Deutsche Volkspartei unter Wahrung ihrer Selbständigkeit nach allen Seiten in entschlossener Opposition zur gegenwärtigen Reichsregierung und der Regierung in Preußen.

Angenommen wurde auch noch ein Antrag, der den Zentralvorstand auffordert, sich mit allen Kräften für die Priorität der Regelung der privaten Schulden vor den Reparationen einzusetzen. Dabei müsse die bestehende Währung mit aller Entschiedenheit geschützt werden. Schließlich wird auch noch die energische Unterstützung des selbstständigen Unternehmertums und des Privateigentums gefordert.

Preissenkung und Lebenshaltungskosten.

÷ Berlin, 6. Dezember.

Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen in 72 Gemeinden zugrunde gelegt worden sind, über den Preisstand im Vergleich zwischen dem November 1931 und dem November 1929 ergeben folgende Zahlen, wobei man annehmen darf, daß diese Zahlen auch bei den gegenwärtigen Bestrebungen der Reichsregierung zur Senkung noch überhöhter Preise eine Rolle spielen werden:

Für Brot und Mehl insgesamt trotz einer Erhöhung des Preisstandes für Weizen und Kleingebäck minus 3,3 v. H., bei Nährmitteln insgesamt (also Graupen, Haferflocken, Zucker, Reis, Erbsen usw.) minus 14,9 v. H., Kartoffeln minus 18,1 v. H., Gemüse minus 37,1 v. H., Fleisch, Fleischwaren und Fisch zusammen minus 31,1 v. H., bei Milch, Milcherzeugnissen und Margarine minus 25 v. H., Eier minus 24 v. H., aus allen diesen Faktoren insgesamt berechnet ein Minus von 20,4 v. H. Unter Wohnung ist allerdings ein Plus von 4 v. H. festzustellen, bei Heizung und Licht ein Minus von 2,4 v. H., bei Bekleidung insgesamt ein Minus von 22,7 v. H., bei Verkehr wiederum ein Plus von 3,6 v. H. Die Gesamtlebenshaltung ohne Wohnung ist danach gegenüber dem November 1929 um 17,4 v. H. gefallen, die gesamte Lebenshaltung einschließlich Wohnung um 13,7 v. H. Es handelt sich dabei durchweg um Haushalte bis zu 3600 RM. Jahreseinkommen, für die im Jahre 1928 z. B. 85 v. H. der Bevölkerung in Frage kamen, im Jahre 1931 dagegen entsprechend den inzwischen gesunkenen Gehältern und Tariflöhnen für 90 bis 95 v. H. der deutschen Bevölkerung. Am Gesamtlebensstand sind beteiligt: Ernährung zu 50 v. H., Wohnung zu 20 v. H., Bekleidung zu 10 v. H., Heizung und Beleuchtung zu 6 v. H., der Rest einschließlich des allerdings besonders in den Großstädten verteuerten Verkehrs für sonstige Bedürfnisse.

Hörsings Blatt stellt sein Erscheinen ein.

O Berlin, 5. Dezember.

Die Gründung einer überparteilichen republikanischen Tageszeitung „Deutscher Volkskurier", die insbesondere der Propagierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Führers des Reichsbanners und früheren Oberpräsidenten Hörsing dienen sollte, hat innerhalb der republikanischen Front zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. Während sich Hörsing seinen ausdrücklichen Erklärungen gemäß eine besondere Tribüne lediglich für diesen Zweck schaffen wollte, wurde das Gerücht verbreitet, er beabsichtige eine Spaltung der SPD, bezw. die Gründung einer neuen Partei. Um derartigen Gerüchten den Boden zu entziehen, hat Hörsing sich entschlossen, mit dem heutigen Tage das Erscheinen des „Deutschen Volkskurier" einzustellen.

Schweizer Volk lehnt Altersversicherung ab.

— Basel, 6. Dezember.

Das Schweizer Volk hat am Sonntag durch Volksentscheid die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt, nachdem es bereits vor sechs Jahren die grundsätzliche Einführung der Versicherung beschlossen hatte. In jahrelangen Beratungen wurden vom National- und Ständerat die Einzelheiten festgelegt. Nun entstand in diesem Sommer bei den Kommunisten und der reaktionär eingestellten eidgenössischen Front eine starke Opposition gegen die Versicherung. Es wurden die notwendigen Stimmen aufgebracht, die erreichten, daß die Versicherungs- und ihre Ausführungsgesetze noch einmal zur Volksabstimmung zu bringen seien. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Verbindung mit dem bevorstehenden allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau, sowie die Angst vor jahrelanger Prämienzahlung für Versicherte und Arbeitgeber hat dazu geführt, daß das Volk nun mit starker Mehrheit die Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie die zur Aufbringung der Staatszuschüsse vorgesehenen Tabak- und Zigarettenbesteuerung abgelehnt hat. Nach den bis Sonntag abend vorliegenden vorläufigen Ergebnissen aus 18 Kantonen stehen 208 000 Ja- bereits 390 000 Nein-Stimmen gegenüber. Bisher hat nur der Kanton Basel-Stadt die Versicherung angenommen.

Heute Zusammentritt des amerikanischen Kongresses.

Ein neuer Hilfsplan Hoovers.

÷ Newyork, 6. Dezember.

Der amerikanische Kongreß wird am Montag mittag zu seiner mit großer Spannung erwarteten ersten Sitzung im Kapitol zu Washington zusammentreten. Die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover, die erst am Sonntag fertiggestellt worden ist, wird dem Kongreß am Dienstag zugehen. Hoover wird dem Parlament einen neuen großzügigen Hilfsplan zur Belebung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten vorlegen. Die Einzelheiten dieses Planes sind zwar noch unbekannt, doch erwartet man, daß der Vorschlag in der Schaffung eines Notstandsfinanzinstituts mit einem Gesamtkapital von einer Dollarmilliarde gipfeln wird. Weiter glaubt man, daß Hoover dem Kongreß ein neues Steuerprogramm vorlegen wird, welches der Abdeckung des riesigen Haushaltsfehlbetrages dienen soll.

Noch immer keine Lösung des Mandschureikonflikts.

Der ohnmächtige Völkerbund berät weiter.

— Paris, 5. Dezember.

Der Völkerbundsrat hat sich heute nachmittag in einer nichtöffentlichen Sitzung mit dem durch die neuen japanischen Instruktionen und das neue chinesische Memorandum aufgeworfenen Fragenkomplex beschäftigt, ohne daß ein Ausgleich gefunden worden wäre. Die Japaner verlangen, daß Punkt 5 des Resolutionsentwurfes über die Befugnisse der Studienkommission herausgenommen werde, in dem sie eine direkte Befristung der Räumung erblicken. Der Rat, der auf einen entsprechenden Passus nicht verzichten zu können glaubt, steht keinen anderen Ausweg, als Punkt 5 zwar aus der Resolution fortzulassen, ihn aber in dem Kommentar zur Resolution in schärferer Form aufzunehmen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß die Japaner die für den Kommentar vorgesehene Erklärung über die Bekämpfung des Bandenwesens (Polizei-Aktion) erheblich verschärft zu sehen wünschen. Der Rat hat dieses Ersuchen abgelehnt und anheimgestellt, in einer mündlichen Erklärung einen Vorbehalt zu formulieren. Beide Parteien haben zu diesen beiden Vorschlägen noch nicht Stellung genommen und werden erst neue Instruktionen von ihren Regierungen einholen, mit denen sich das Redaktions-Komitee wahrscheinlich morgen nachmittag beschäftigen wird.

Die Nachricht, daß die Chinesen in ihrem neuen Memorandum von dem auf sie zurückgehenden Gedanken der Schaffung einer neutralen Zone stark abgerückt sind, bestätigt sich, doch hat der Rat diese Tatsache als verhandlungsreif erachtet. Ferner wurde die Zusammensetzung der Studienkommission beraten; dabei ist der Wunsch geäußert worden, außer den vier ständigen Ratsmitgliedern und den Vereinigten Staaten auch wenigstens eine kleinere neutrale Macht in dieser Kommission vertreten zu sehen. Ratspräsident Briand wurde beauftragt, entsprechende Verhandlungen einzuleiten.

Für Montag ist eine neue nichtöffentliche Sitzung des Völkerbundsrates vorgesehen. Möglicherweise wird am Dienstag oder Mittwoch die Schlußsitzung der Ratstagung abgehalten werden.

Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat Dr. Sze hat seiner Regierung seinen Rücktritt angeboten. In dem nach Nanking gerichteten Telegramm erklärte er, er werde von den in Europa lebenden Chinesen bestürmt, an den Sitzungen des Völkerbundsrates nicht teilzunehmen und Verhandlungen zum Zweck des Zurücktretens Chinas aus dem Völkerbund einzuleiten. Dr. Sze fügte hinzu, er fühle sich nicht mehr in der Lage, die schwere Verantwortlichkeit seiner Pariser Aufgabe zu tragen und bittet, man möge ihn durch einen anderen ersetzen. Die chinesische Regierung hat Dr. Sze geantwortet, daß sie seinen Rücktritt nicht in Erwägung ziehe.

*

Japanisches Bombenflugzeug erneut über Hailun.

+ Peking, 6. Dezember.

Wie aus Mukden gemeldet wird, haben am 5. Dezember vier japanische Bombenflugzeuge Hailun überflogen und mehrere Bomben abgeworfen, wobei acht chinesische Soldaten getötet wurden. Ein japanisches Bombenflugzeug mußte 18 km östlich von Hailun infolge Benzinmangels notlanden und wurde von den Chinesen beschlagnahmt. Die Flieger wurden nach Hailun gebracht.

Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht durch Notverordnung möglich.

Eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich.

◈ Leipzig, 5. Dezember.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat die Klage der Wirtschaftspartei auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der sächsischen Gemeindesteuer-Notverordnung (Gemeindegetränkesteuer, Biersteuer usw.) vom 24. September 1930 und auf Aenderung des § 7 des Gesetzes vom 30. März 1931 im Vollzuge des zweiten Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 abgewiesen.

In der Begründung erklärt der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke u. a.: Der Artikel 48 der Reichsverfassung ermächtige den Reichspräsidenten auch zu solchen Verordnungen, die in der Auferlegung von Abgaben bestehen. Die Maßnahme müsse nur zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung dienen. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß auch die Wirtschaft die öffentliche Ordnung erheblich zu gefährden vermöge. Diese Gefährdung sei schon am 26. Juli 1930 — also bei Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten — vorhanden gewesen. Der Erlaß der Notverordnung durch den Reichspräsidenten sei damit gerechtfertigt gewesen. Der Reichspräsident dürfe auch die gleiche Maßnahme wieder treffen, selbst wenn der Reichstag eine vorher ergangene Verordnung aufgehoben habe. Der Reichspräsident habe bei Erlaß der Verordnung auch den ihm durch die Verfassung gezogenen Rahmen der Zuständigkeit nicht überschritten. Die Ausübung der Diktaturgewalt auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung gestatte dem Reichspräsidenten, auch Verordnungen zu erlassen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen. Das gelte auch für Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Dieses Recht dürfe durch die Verordnungen nur nicht gänzlich beseitigt werden.

Die französischen Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen nicht gegen Deutschland gerichtet.

:: Berlin, 5. Dezember.

Die französische Regierung hat bekanntlich die Einfuhr aus vier Ländern, in denen eine Devisenkontrolle besteht, von einer Einfuhrgenehmigung abhängig gemacht. Sie hat jedoch wissen lassen, daß Frankreich sich durch die in Deutschland bestehende Devisenkontrolle in dieser Beziehung nicht behindert fühle, so daß also die Einfuhrgenehmigung für deutsche Ausfuhrwaren nach Frankreich nicht in Frage kommen.

Ein vierter Toter im Grenzwalde von Putbroek gefunden.

)(Echt, 5. Dezember.

Die dreifache Mordtat im Walde von Putbroek, die im deutsch-holländischen Grenzgebiet außerordentlich großes Aufsehen erregte, scheint eine neue Wendung zu nehmen. Die holländische Gendarmerie hat in der Nähe der Grube, in der die drei Opfer des schrecklichen Meuchelmordes gefunden wurden, die Leiche eines vor etwa einem halben Jahr in den Forstungen des Annatales spurlos verschwundenen 23jährigen jungen Mannes namens Roebrok ausgegraben. Roebrok, der auf deutschem Gebiet wohnte, war seinerzeit mit seinem Fahrrad in die Waldungen gefahren, um nach Kaninchenfallen zu sehen, die er ausgelegt hatte. Von dieser Fahrt war er nicht mehr zurückgekehrt. Bereits damals tauchten Gerüchte auf, daß Roebrok wahrscheinlich niedergeschossen und im Walde verscharrt worden sei. Man nimmt [illegible] auch dieser Mord mit der vor kurzem begangenen [illegible] Bluttat zusammenhängt.

Fünf Tote, ein Schwerverletzter bei einem Flugzeugunglück.

◇ Amsterdam, 6. Dezember.

Auf der [illegible]strecke Batavia-Amsterdam, die von der [illegible]ländischen Luftfahrtgesellschaft betrieben wird, hat sich ein schweres Unglück ereignet. Wie [illegible] gemeldet wird, ist das Flugzeug „Ooie [illegible]", das am letzten Freitag von Batavia den Flug nach [illegible] angetreten hatte, am Sonntag morgen kurz nach dem Aufstieg vom Flugplatz Don Muang bei [illegible] abgestürzt. Die beiden Flugzeugführer [illegible] van Onlangs und der Mechaniker Kotte, [illegible] Fluggäste, Borg und Baudart, wurden getötet. Ferner wurde der Direktor des australischen Flugdienstes, Kommander Brinsead, der ursprünglich [illegible] nach Europa das in der vorigen Woche [illegible] australische Flugzeug „Southern Sun" benutzen wollte, schwer und der Bordfunker des „Ooie Van" leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.